

100 superrote Punkte für eine andere Politik

- Lohnerhöhungen die Teuerung und Produktivitätssteigerung abgelten, gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde
- Lohnnebenkosten sind Sozialleistungen und dürfen nicht gekürzt werden
- Bedarfsorientierte Mindestsicherung in Höhe der offiziellen Armutsgrenze
- Erhöhung des Erwerbslosengeldes von derzeit 55 auf 80 Prozent des letzten Bezugs
- Erhöhung der Notstandshilfe auf ein existenzsicherndes Niveau, unabhängig vom Partner- bzw. Haushaltseinkommen
- Laufende Inflationsanpassung von Pensionen, Pflegegeld, Familienbeihilfen und Stipendien
- Start einer Debatte über die Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich
- Keine Sonn- und Feiertagsöffnung im Handel
- Sechs Wochen Urlaub für alle
- Einschränkung prekärer und atypischer Arbeitsverhältnisse, Verbot von Kettenverträgen, Zurückdrängung der Leiharbeit, Verbot von unbezahlten Praktika
- Amtliche Preisregelung für Strom, Gas, Treibstoffe und Medikamente, strikte Maßnahmen gegen Kartellbildung und Preisabsprachen
- Gebühren- und Tarifstopp für kommunale Dienstleistungen
- Verbot des „kleinen Glückspiels“
- Recht auf ein Girokonto für alle Menschen
- Einheitliche Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen, gestaffelt nach Baualter und Ausstattungsgrad
- Abschaffung der Befristungen für Mietverträge
- Sofortige Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung, Vorrang für leistbare Genossenschafts- und Gemeindewohnungen
- Fehlbelegungsabgabe für leerstehende Wohnungen, Einweisungsrecht für die Gemeinden
- Beseitigung des Einflusses der Banken und Immobilienkonzerne im Wohnbau

- Befreiung von Mieten und Betriebskosten von der Mehrwertsteuer, Entkoppelung der Mieten von der Inflation, laufende Anpassung der Wohnbeihilfe an die Teuerung
- Schaffung ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen und Mitfinanzierung durch die Unternehmen, Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung
- Ausreichende Finanzierung der wachsenden Betreuungstätigkeit der Sozialvereine
- Vergesellschaftung der Banken, strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken
- Rückzahlung von Subventionen, wenn Unternehmen trotz Gewinn Arbeitsplätze vernichten
- Beteiligung der Beschäftigten am Zuwachs des Produktivvermögens, Belegschaftsabstimmungen bei Unternehmensentscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung
- Erteilung öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, welche Kollektivverträge und Arbeitsrecht einhalten und Mindestlöhne zahlen, Gewährung öffentlicher Fördergelder als Unternehmensbeteiligungen
- Begrenzung von Managergehältern auf maximal das 20fache eines gesetzlichen Mindestlohnes, Verbot von Aktienoptionen und Boni zur Managerentlohnung
- Ausweitung der öffentlichen Investitionen zur Stärkung des Arbeitsmarktes
- Erhaltung der Daseinsvorsorge als öffentliche Leistung, Ausnahme von Liberalisierungsrichtlinien, verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums
- Volle Steuerpflicht für österreichische Staatsangehörige unabhängig vom tatsächlichen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt
- Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer von einem Prozent auf alle Börsenumsätze als Vorstufe für eine Finanztransaktionssteuer
- Besteuerung aller Vermögen ab einer Million Euro, Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Aufhebung der Steuerprivilegien für Privatstiftungen sowie der Gruppenbesteuerung für Kapitalgesellschaften
- Eintreibung der Steuer- und Abgabenschulden der Unternehmer

- Schließung der Steueroase Österreich, Aufhebung des Bankgeheimnisses
- Umstellung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Kommunalsteuer auf eine Wertschöpfungsabgabe
- Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes für große Einkommen, Erhaltung der begünstigten Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Anhebung der Negativsteuer für kleine Einkommen
- Freie, kostenlose Bildung für alle, von der Schule über die Universität bis zur Erwachsenenbildung, keine Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen an den Universitäten
- Abbau von Zugangshürden und Förderung der Chancengleichheit, einheitliche Gesamtschule für alle 6- bis 14jährigen
- Beseitigung der Bildungssackgassen, Eingliederung der Berufsausbildung in das allgemeine Bildungswesen
- Ausreichende Budgetmittel für Schulen und Universitäten, Abbau der fragwürdigen Drittmittelfinanzierung
- Bevorzugung von Frauen bei Besetzung von Führungsfunktionen, öffentliche Aufträge oder Förderungen abhängig von der Gleichstellung von Frauen
- Pension nach 40 Versicherungsjahren ohne Abschläge mit 80 Prozent des besten Aktivbezuges ohne Pensionsautomatik
- Jährliche Pensionsanpassung mindestens in Höhe der Teuerung
- Einführung einer gesetzlichen Mindestpension in Höhe der offiziellen Armutsgrenze
- Einhaltung der zugesicherten Drittelfinanzierung des Staates für die Pensionen
- Rückführung der betrieblichen Pensionsvorsorge sowie der Abfertigung vom Kapitalmarkt auf das Umlagensystem
- Einstellung der staatlichen Förderung und steuerlicher Begünstigung privater Pensionsvorsorge
- Sozialversicherungs-Malus für Unternehmen die Beschäftigte ab 50 Jahren kündigen
- Keine Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters, solange nicht gleicher Lohn für gleiche Arbeit verwirklicht ist

- Keine mit deutlichen Einkommensverlusten verbundene vorzeitige Pensionierung unter Druck von Unternehmen
- Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen
- Wertausgleich und jährliche Anpassung beim Pflegegeld
- Erhaltung und Ausbau der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, Direktwahlen der Vertretungen in den Krankenkassen zur Stärkung der Selbstverwaltung
- Ausbau des Gesundheitssystems, keine Privatisierung von Spitälern oder anderen Gesundheitseinrichtungen
- Harmonisierung der Leistungen der Krankenkassen auf dem jeweils höchsten Niveau
- Rücknahme der mit der Gesundheitsreform vorgesehenen Einsparungsbeschlüsse
- Lehrlingseinstellungsgesetz, das Unternehmen verpflichtet, im aliquoten Verhältnis zur Beschäftigtenzahl Lehrlinge auszubilden
- Berufsausbildungsabgabe zur Finanzierung der Ausbildung bzw. überbetrieblicher Lehrwerkstätten
- Gesetzliche Regelung für Übernahme der Internatskosten durch den Ausbildungsbetrieb und kostenlose Fahrt für Internatsschüler_innen
- Strengere Prüfung der Einhaltung des Jugendschutzes und höhere Strafen bei Verstößen
- Ausweitung der Kompetenzen der Jugendvertrauensräte
- Reform des Asylrechts nach dem Grundsatz „Flucht ist kein Verbrechen“
- Gleiche soziale Rechte und Wahlrecht für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben
- Abschaffung der Schubhaft und uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen, Anerkennung von Ausbildungen aus den Herkunftsländern
- Gezielte Förderung bedürfnisorientierter Integrationsmaßnahmen auf Kosten der Unternehmen bzw. durch die öffentliche Hand
- Bleiberecht und Hilfestellung bei Familienzusammenführungen
- Entschiedene Maßnahmen gegen fremdenfeindliche Hetze
- Billigere Tickets für öffentliche Verkehrsmittel als Zwischenschritt zur Freifahrt auf allen Öffis

Porto
beim
Empfänger-
einheben!

ANTWORTSENDUNG

KPÖ-Oberösterreich
Postfach 557
4020 Linz

Antwortkarte

Ich möchte:

- Volksstimme-Extra NR-Wahl
- Wahlauf Ruf NR-Wahl
- Probeexemplar „Volksstimme“
- Probeexemplar „Café KPÖ“
- Probeexemplar „Superrotes Infoblatt“
- Probeexemplar "Die Arbeit"
- Superroter Newsletter

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

e-Mail:

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at; Web ooe.kpoe.at; Verlags- und Herstellungsort: Linz

- Vorrang für den öffentlichen Verkehr, Verlagerung des Schwerverkehrs auf Schiene und Wasser
- Erhaltung der Energieversorgung, Bahn und Post im öffentlichen Eigentum
- Stopp von Energieabschaltungen, Einführung einer kostenlosen Energiegrundsicherung für alle Haushalte
- Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag, Initiativen der österreichischen Regierung für den Ausstieg aus der Atomenergie
- Vorrang für erneuerbare Energie, Umstellung der Förderpolitik für Gebäudesanierung und erneuerbare Energieträger mit Vorrang für einkommensschwächere Haushalte
- Absage an umweltzerstörende Energiegewinnung wie Fracking
- Umstellung der Agrarförderung auf biologisches Wirtschaften, Landschaftserhaltung und Nahversorgung
- Verbot des Einsatzes von Pestiziden und genmanipuliertem Saatgut
- Einstellung des Handels mit CO2-Zertifikaten, Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen
- Aufhebung der restriktiven Budgetauflagen, Reform des Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden
- Stopp der Kommerzialisierung und der Überwachung des öffentlichen Raumes
- Aufhebung der Vorratsdatenspeicherung und anderer Überwachungspraktiken, Rücknahme der elektronischen Gesundheitsakte, strikte Ahndung von Datenweitergabe an in- und ausländische private Unternehmen oder Dienste
- Stärkung der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte von Betriebsrät_innen und Beschäftigten
- Sanktionen gegen Betriebe, deren Firmenleitung Betriebsratswahlen verhindern
- Aktives Auftreten gegen Angriffe auf Vertretungen der Lohnabhängigen (ÖGB, AK, Betriebsräte etc.)
- Demokratisierung der Gewerkschaften, Öffnung entsprechend dem Wandel in der Arbeitswelt für neue Gruppen wie Scheinselbständige usw.
- Urabstimmungen bei Lohnverhandlungen oder anderen grundlegenden Fragen

- Reform des Wahlrechts nach dem Grundsatz, dass jede Stimme gleich viel wert ist, Abschaffung von Grundmandatshürden und Sperrklauseln
- Aufhebung der neun Landesgesetzgebungen zugunsten einheitlicher Bundesgesetze, Umwandlung der Länder zu einer reinen Verwaltungsebene
- Entschiedenenes Vorgehen gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus im Sinne des NS-Verbotsgesetzes, keine Koalitionen mit der vom Rechtsextremismus belasteten FPÖ
- Auflösung des österreichischen Bundesheeres, Einsatz freiwerdender Mittel für einen Katastrophenhilfsdienst und Ausbau sozialer Dienste
- Verbot der Produktion und des Exportes militärischer Drohnen, kein Drohnen-Kauf für das Bundesheer
- Verbot von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte
- Keine Beteiligung Österreichs an den Battle Groups der EU, Austritt aus der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“
- Aufkündigung des EU-Fiskalpakts, Zurückweisung des Wettbewerbspakts
- Einführung von EU-weit einheitlichen sozialen Standards auf dem derzeit höchsten Niveau
- Entmilitarisierung der EU-Außengrenzen, Auflösung von Frontex und Anhaltelagern, Rücknahme der Dublin II-Verordnung
- Verstärkung der Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Sozialbewegungen und Linksparteien für ein anderes, demokratisches, soziales, ökologisch und friedenspolitisch engagiertes Europa
- Wiederaufnahme einer aktiven Neutralitätspolitik statt Unterordnung unter EU-Militarisierung
- Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent des BIP

100 superrote Punkte für eine andere Politik



Die **superrote** Variante. **KPÖ**
ooe.kpoe.at